



Die Konzertierte Aktion in der Krise

Im elften Jahre ihres Bestehens ist die Konzertierte Aktion in die Krise geraten, und zwar im doppelten Sinne: Einmal ist sie mit der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit dem Bestehen der Bundesrepublik konfrontiert; zum andern haben die Arbeitgeber mit ihrer Verfassungsbeschwerde gegen das Mitbestimmungsgesetz das Fernbleiben des DGB von der Konzertierten Aktion provoziert. Die Häufung von besonderen Umständen lädt dazu ein, sich mit dieser Veranstaltung kritisch zu beschäftigen.

Die Konzertierte Aktion ist selbst ein Kind der Krise, nämlich der ersten ernsthaften Nachkriegsrezession in den Jahren 1966/67. Wenn uns auch heute in der Rückschau dieser konjunkturelle Einbruch als relativ harmlos erscheint, so brachte er doch damals die Politiker

9 „Frankfurter Rundschau“ vom 15. 9. 1977.

und die Politik in Bewegung. Die Große Koalition erwies sich als handlungsfähig genug, das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Nach *Karl Schiller* bildete es „die Synthese zwischen Freiburger Imperativ und Keynes'scher Botschaft“. Manche nannten dieses Gesetz ein wenig überschwänglich die „Magna Charta der Wirtschaftspolitik“. Viele hielten damals und halten noch immer dieses Gesetz, auch im internationalen Vergleich, als das modernste und leistungsfähigste Instrumentarium der Wirtschaftspolitik. Im § 3, Absatz 1 des Stabilitätsgesetzes erhielt das Kind Konzertierte Aktion seinen Namen: „Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum, der Verf.) stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (Konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.“ Der Absatz 2 dieses Paragraphen lautet: „Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.“

Es kann nichts schaden, sich gelegentlich den Wortlaut dieses wichtigen Textes ins Gedächtnis zu rufen, denn schon gleich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes nahm der Ziehvater Karl Schiller sein Kind bei der Hand und wies ihm freundlich, aber bestimmt die Richtung, in die es künftig gehen sollte. Es durfte sich schon bald mit einem großen „K“ schmücken und wurde damit quasi symbolisch ins Establishment der Wirtschaftspolitik erhoben. Der damalige Bundeswirtschaftsminister wartete auch nicht lange darauf, bis es einen der Beteiligten nach der Erläuterung von Orientierungsdaten verlangte. Wie es seine Art war, handelte er rasch und umsichtig. Ging es doch darum, die Rezession möglichst schnell zu meistern und die Konjunktur wieder auf Trab zu bringen. So kam es dann, daß sich im Herbst 1967 eine Delegation des Bundesvorstandes des DGB mit einigen Beratern und die Präsidenten und Geschäftsführer der Unternehmensverbände erstmals in Bonn trafen. Eingeladen hatte der Minister. Von den Gebietskörperschaften war (und ist) nur der Bund vertreten. Statt dessen nahmen aber schon von Anfang an die Bundesbank und der Sachverständigenrat an den Sitzungen der Konzertierten Aktion teil. Die Bauern und Verbraucher, die Genossenschaftsbanken und die Beamten drängten sich in der Folge nach dem Privileg, drei- oder viermal im Jahre am „runden Tisch der kollektiven Vernunft“ (Schiller) sitzen und diskutieren zu dürfen. Schließlich war der kleine Sitzungssaal im Ministerium so voller Menschen, daß die Atemluft knapp wurde. Es war bezeichnend, daß es der Minister beharrlich ablehnte, in den großen Saal seines Hauses umzusiedeln. Er war ihm zu steril. . . Sicherlich sind derartige Besonderheiten nicht von hoher politischer Bedeutung, sie mögen aber bezeichnend sein für den Stil, den Schiller der Konzertierten Aktion aufprägte.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei Äußerlichkeiten: Schon bald stellte sich heraus, daß es nicht ausreichte, den Teilnehmern an der Konzertierten Aktion ein paar Tage vor den jeweiligen Sitzungen die Tagesordnung und die Unterlagen zu übersenden. Mit Recht fühlten sich manche beteiligten Organisationen und deren Repräsentanten durch diese Praxis überfahren. Mit Recht wurde der Minister dafür kritisiert, daß auf den Sitzungen zuviel Zeit vertan werde, um sich auf die Tagesordnung und auf spezielle Schwerpunkte der Diskussion zu einigen. So akzeptierte die Konzertierte Aktion den Vorschlag des Ministers, einen Lenkungsausschuß einzusetzen. Dieser bestand und besteht noch aus den Geschäftsführern und verantwortlichen Funktionären der Verbände und Institutionen. Er kam in der Regel eine Woche vor den Sitzungen der Konzertierten Aktion zusammen, prüfte die Unterlagen, ging die Tagesordnung durch und tastete auch schon einmal die politischen Fronten ab. Die Mitglieder des Lenkungsausschusses berichteten dann ihren Vorständen und Vorsitzenden über die Be-

sprechungsergebnisse, sie erläuterten die Unterlagen, in deren Mittelpunkt in der Regel die vom Ministerium formulierten Berichte zur aktuellen wirtschaftlichen Lage und über die wirtschaftspolitischen Absichten der nächsten Zukunft standen.

Wenn vom „Lenkungsausschuß“ die Rede ist, so mag der Verdacht aufkommen, daß es dieses Expertengremium sei, welches eigentlich die Konzertierte Aktion lenke. Diese Ansicht ist aber falsch. Nicht allein haben die jeweiligen Minister das Heft für die Verhandlungsführung fest in der Hand behalten. Darüber hinaus haben sich die eigentlichen Sprecher der einzelnen Gruppen immer das Recht vorbehalten, von der vorgeschlagenen Tagesordnung abzuweichen. So nützlich die vorbereitenden Gespräche im Lenkungsausschuß für die Meinungsbildung in der Konzertierten Aktion auch gewesen sind, sie haben jedenfalls die gewerkschaftlichen Teilnehmer niemals festgelegt. Sie haben ganz allgemein die spontane Diskussion, die manchmal mit großer Härte geführt wurde, niemals behindert.

Die Gewerkschaften haben die Konzertierte Aktion in einigen Fällen als Basis für Initiativen genutzt, die ohne diese Veranstaltung wahrscheinlich nur schwer oder überhaupt nicht hätten realisiert werden können. Es handelte sich z. B. um den Arbeitskreis Automation, für dessen Gründung sich *Otto Brenner* ganz besonders eingesetzt hat. Aus ihm, der im Jahre 1968 eingerichtet wurde, entwickelte sich 2 Jahre später die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Diese hat Anfang dieses Jahres ihr umfassendes Gutachten zu den verschiedenen Aspekten des Wandels in der Bundesrepublik vorgelegt.

Daß die Bundesregierung und speziell der bisherige Bundeswirtschaftsminister *Friderichs* ein Forschungsprogramm zur Analyse der sektoralen Wirtschaftsstruktur in Gang gesetzt haben, geht auf den beharrlichen Druck der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion zurück. Eine Reihe von Arbeitsgruppen hat sich in der Vergangenheit aus gegebenen Anlässen heraus mit der Klärung von strittigen Fragen, beispielsweise der Verteilungsstatistik und Verteilungspolitik, befaßt. Viel ist freilich dabei nicht herausgekommen, weil bei der Behandlung solcher Themen die bloßliegenden Nerven der Unternehmer doch sehr gereizt wurden. Sie reagierten auch entsprechend empfindlich.

Was also hat die Konzertierte Aktion an Positivem geleistet? Warum klagen viele so bewegt darüber, daß der DGB seit dem 5. Juli 1977 nicht mehr an den Sitzungen teilnimmt? Warum entdecken manche unter den feinen Liberalen plötzlich ihr Herz für die Gewerkschaften und strengen sich mächtig an, sie wieder an den Tisch in der ehemaligen Kaserne von Bonn-Lengsdorf zurückzubringen? Auch bei wohlwollender Beurteilung einer zehnjährigen Praxis, während derer 39 Sitzungen stattfanden, läßt sich nicht viel ausfindig machen, was die Lösung wirtschaftlicher Probleme entscheidend gefordert hätte. Die Konzertierte Aktion hat auch der Wirtschaftspolitik keine entscheidenden neuen Impulse gegeben. Dafür haben schon die Vorsitzenden Minister gesorgt, denen man samt ihren beamteten Helfern mangelndes Selbstbewußtsein wahrhaftig nicht vorwerfen konnte. Sie hat sich bewährt als ein Teil des Schillerschen Krisenmanagements in der Rezession von 1967, wo die Öffentlichkeit aus den mühsam ausgehandelten Communiqués die Hoffnung oder gar die Gewißheit schöpfen konnte, daß es beiden Tarifvertragsparteien gleichermaßen ernst damit sei, die Konjunktur rasch wieder in Gang zu bringen. Es war sicherlich auch nicht schädlich, gegen den oder die Kontrahenten unmittelbar und spontan zu argumentieren.

Am Rande der offiziellen Sitzungen blieb immer Zeit für Einzelgespräche, wo im „Small-talk“ nützliche Informationen ausgetauscht werden konnten. Die Vertreter der Regierung konnten den Reaktionen der Gewerkschaften und der Unternehmer entnehmen, inwieweit ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen überhaupt die Chance hatten, von den Sozialkontrahenten akzeptiert oder toleriert zu werden. Alle Beteiligten waren sich von Anfang an klar darüber, daß in der Konzertierten Aktion keine Tarifpolitik auf höchster Ebene getrieben werden durfte. Schiller hat es nur einmal versucht, den Gewerkschaften Lohnleitlinien vorzu-

geben. Er traf auf härtesten Widerstand. Er selbst und seine Nachfolger haben aus diesem Konflikt um die Grenzen der Tarifautonomie gelernt.

Die Konzertierte Aktion hat verständlicherweise die Öffentlichkeit stets sehr interessiert. Sie bot den Journalisten die günstige Gelegenheit, alle wichtigen Kräfte im wirtschaftlichen Geschehen auf engstem Räume anzutreffen. Sie bot den Repräsentanten der Verbände, der Regierung, der Bundesbank und des Sachverständigenrates die Möglichkeit, ihre Auffassungen mit einem hohen Aufmerksamkeitsgrad über sämtliche Medien zu verbreiten. Die Sitzungen selbst fanden stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Niemand war allerdings zur Geheimhaltung verpflichtet. So sickerten normalerweise genügend Informationen nach draußen. Jeder, der wollte, konnte sich also sein Bild über Ablauf und Ergebnisse wenigstens im groben machen. Da es sich aber bei den meisten Sitzungen der Konzertierten Aktion um wenig aufregende Routine handelte, gab es auch von Seiten der Teilnehmer nicht viel zu berichten. Das führte dann schon einmal dazu, daß mehr in die Besprechungen hineingeheimnist wurde, als sich dort tatsächlich abspielte. Auch mancher Hochschullehrer strapazierte seinen Verstand an diesem Phänomen. So erhielt die Konzertierte Aktion dann auch noch die höheren Weihen der Wissenschaft. (Herrn Professor *Biedenkopf* war sie ein besonders scharfer Dorn im Auge!)

Das Wesentliche an dieser Konzertierten Aktion war bislang, daß es sie überhaupt gab. Zu diesem vielleicht etwas überraschenden Urteil muß man kommen, wenn man diese Veranstaltung von außen her bewertet sieht. Allein die Tatsache, daß sich in regelmäßigen Abständen die Vertreter höchst unterschiedlicher ökonomischer und sozialer Interessen zusammengesetzt und miteinander geredet und gestritten haben, ohne sich gleich an die Gurgel zu fahren, wurde von vielen Beobachtern als höchst bemerkenswert empfunden. Mochten die Ergebnisse der Sitzungen im einzelnen noch so mager und vage geblieben sein, die Konzertierte Aktion galt als ein wesentlicher Faktor des sozialen Klimas, das sich seit dem Kriege in der Bundesrepublik entwickelte.

Wie soll es und wie kann es nun weitergehen? Der Gündkonsens zwischen den großen gesellschaftlichen Kräften wurde zu einem Zeitpunkt durch die Unternehmer gestört, wo er ganz besonders hätte gepflegt werden sollen. Daß die in Karlsruhe Beschwerde führenden Arbeitgeberverbände und Großfirmen ihren unbedachten Schritt widerrufen werden, ist unwahrscheinlich. Wann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Mitbestimmungssache ergehen wird, ist ungewiß. Der neue Bundeswirtschaftsminister als Einladender und Vorsitzender der Konzertierten Aktion gilt nicht gerade als Gewerkschaftsfreund. Deshalb werden seine Appelle bei den Gewerkschaften auf Skepsis stoßen. Die Gewerkschaftstage der jüngsten Zeit haben den DGB aufgefordert, der Konzertierten Aktion fernzubleiben. — Alles zusammen genommen sind die Aussichten nicht gut. Niemand kann die Gewerkschaften zur Rückkehr in die Konzertierte Aktion zwingen. Aber noch scheint die Türe nicht ganz ins Schloß gefallen zu sein. Den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften hat die Konzertierte Aktion bisher nicht geschadet. Dort sind keine Seelen verkauft oder Interessen verschachert worden.

Heinz Markmann, Geschäftsführer des WSI